



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

seit mehr als 30 Jahren nehme ich an Ausschusssitzungen und Ratssitzungen teil.

Oft hat mich gewurmt, dass in den Diskussionen viele Redebeiträge Wiederholungen der Vorredner waren und eben nicht nur bei inhaltlichen Abweichungen eine besondere Ausführung erfolgte.

So fanden Diskussionen oft nach dem Motto statt:

Es ist längst alles gesagt, aber noch nicht von Jedem.

Ich bin mir nicht sicher, ob sich das in jüngster Zeit geändert hat.

Wohl geändert hat sich die Präsentation unseres Haushaltes bei der Einbringung. Der Bürgermeister bringt Ihnen in kluge Art und Weise bereits den Haushalt nahe und nach dem Kämmerer beleuchten auch die Bereiche ihre jeweiligen Budgets, präsentieren neben ihren taktischen Zielen und Erfolgen des laufenden Jahres auch die wesentlichen Finanzzahlen.

Ich werde mich deshalb bemühen, nicht allzu viele Wiederholungen zu präsentieren und in kurzer Form auf Besonderheiten des Haushaltes 2013 eingehen. Zusätzlich muss ich noch zu der aus Kämmersicht erforderlichen künftigen Strategie im Umgang mit unseren Finanzen, besser gesagt mit unseren Ergebnisüberschüssen, wichtige Hinweise geben.

Der erste Hinweis stammt noch aus dem Vorjahr: Ich wiederhole:

Die Herabsetzung des Hebesatzes auf 300 %-Punkte ist ganz klar eine Strategie, die dazu führen soll, ertragsstarke Unternehmen, die wir heute noch nicht kennen, in den Jahren 2012 und 2013 anzusiedeln, damit Jahresfehlbeträge in der Zukunft ein Fremdwort werden.

Wir wissen nicht, ob das funktioniert, erst Recht haben wir keine Gewissheit.

Nun hat sich bekanntlich das Blatt gewendet und unsere kühnsten Erwartungen wurden übertroffen. Gewerbesteuererträge von 150 Mio. € in den Jahren 2012 bis 2014 werden das Stadtsäckel füllen.

Und dennoch muss ich ein wenig Wasser in den Wein gießen!

Die Strategie ist immer noch nicht so aufgegangen, wie wir uns das vorgestellt haben.

Es ist uns bis auf einen Fall leider noch nicht gelungen, Ansiedlungsverträge mit Unternehmen zu schließen, mit denen wir nicht schon in Kontakt waren, als es um die Zusage der Hebesatzsenkung ging.

Es ist auch mit dem niedrigsten Hebesatz in NRW nicht einfach, neue, bisher noch nicht kontaktierte Unternehmen für eine Umsiedlung zu gewinnen. Erfolge werden wir nur bei den Unternehmen haben, die sich generell mit einer Standortverlegung beschäftigen.

Die Strategie ist also langfristig angelegt und es bleibt dabei:



Erst in einigen Jahren kann ein Fazit gezogen werden.

Müssen Sie sich deswegen sorgen?

Nein! Aber wir müssen vorsorgen.

Ich komme nun zum Haushalt:

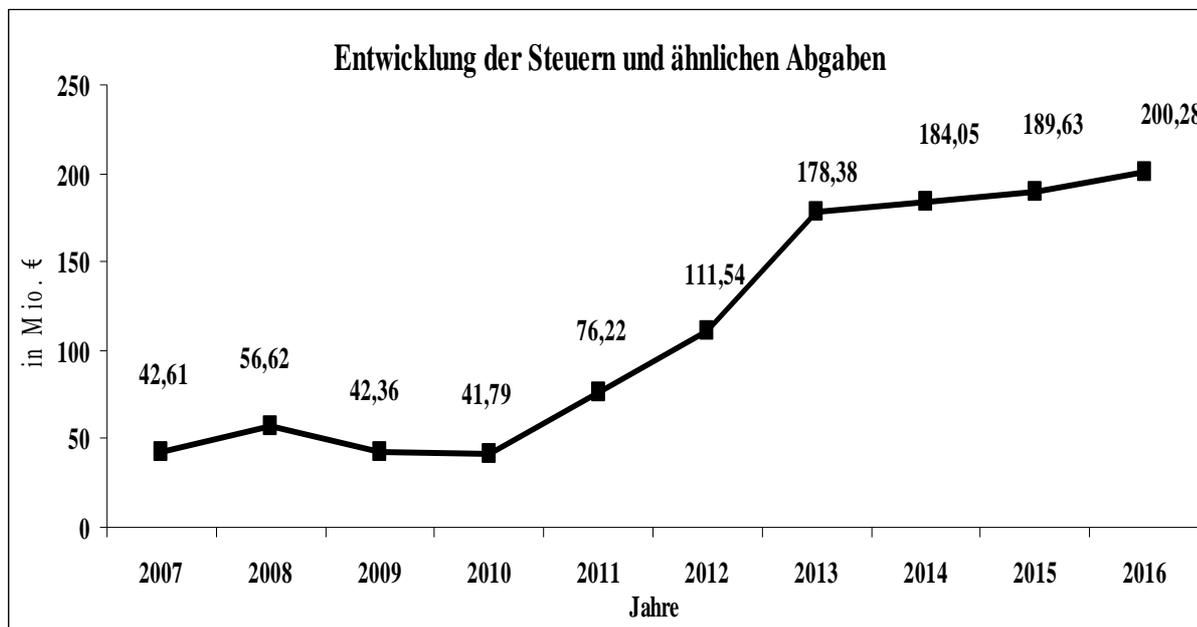
Ergebnisplanung: Ermittlung des Gesamtergebnisses

	Ansatz 2013
	in €
Summe ordentliche Erträge	217.502.860
./. Summe ordentl. Aufwendungen	166.551.270
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	50.951.590
Finanzergebnis	-6.364.200

Die im unterjährigen Finanzbericht bereits abgegebene Prognose bestätigt sich.

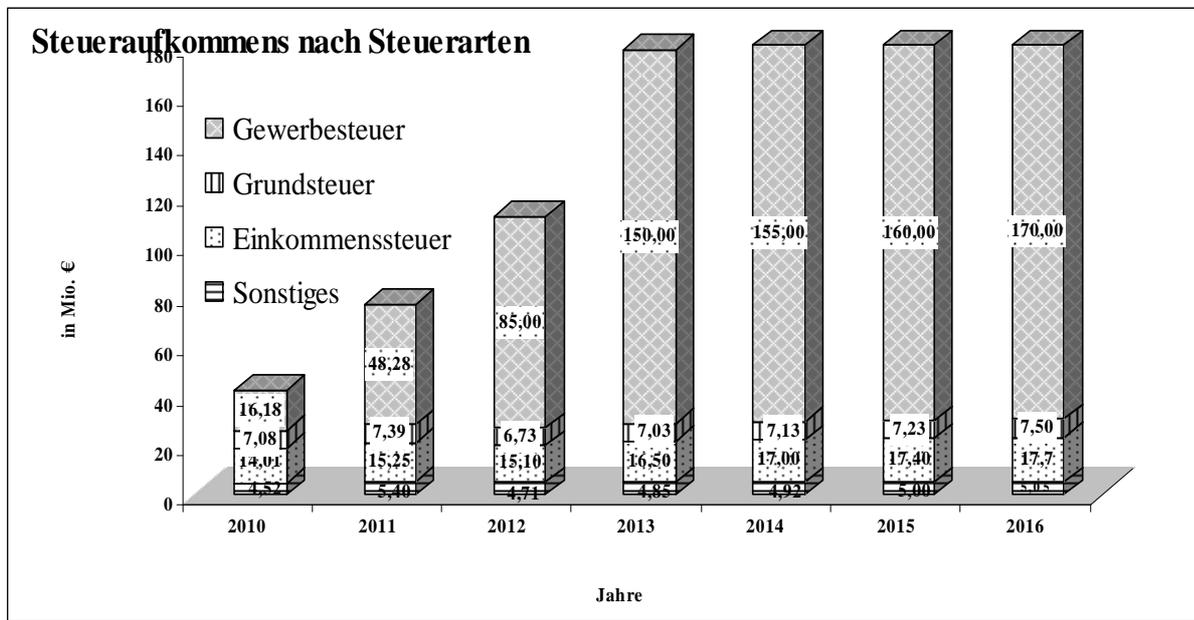
Es wird ein

Überschuss von 44,6 Mio. € ausgewiesen.



Die Entwicklung der **Steuern und ähnlichen Abgaben** ist insgesamt positiv.

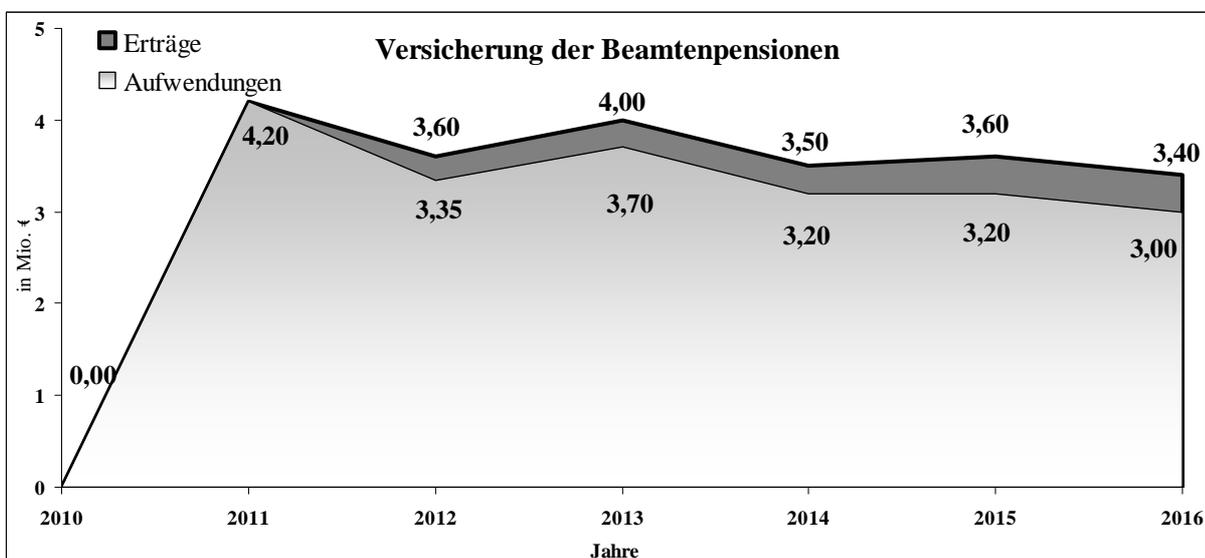
Diese Erträge steigen gegenüber dem Vorjahr um 66,8 Mio. auf 178,389 Mio. und sollen bis auf 200 Mio. € in 2016 weiter ansteigen.



Die **Gewerbsteuererträge** steigen von geplanten 96 Mio. € auf 150 Mio. €; und das auf Basis eines auf **300 %-Prozentpunkte reduzierten Hebesatzes** auf die für das Steuerjahr 2012 anfallenden Beträge.

150 Mio. € sind exakt der Betrag, der bereits in diesem Jahr unter Berücksichtigung von Nachzahlungen für Vorjahre in Höhe von 30 Mio. € vereinnahmt wird. Der Ansatz stabilisiert sich, weil die neu angesiedelten Firmen im nächsten Jahr für ein volles Steuerjahr veranlagt werden.

Die **Einkommensteueranteile** erhöhen sich von 15,1 auf 16,5 Mio. €.





Erträge aus bemerkenswerter Geldanlage:

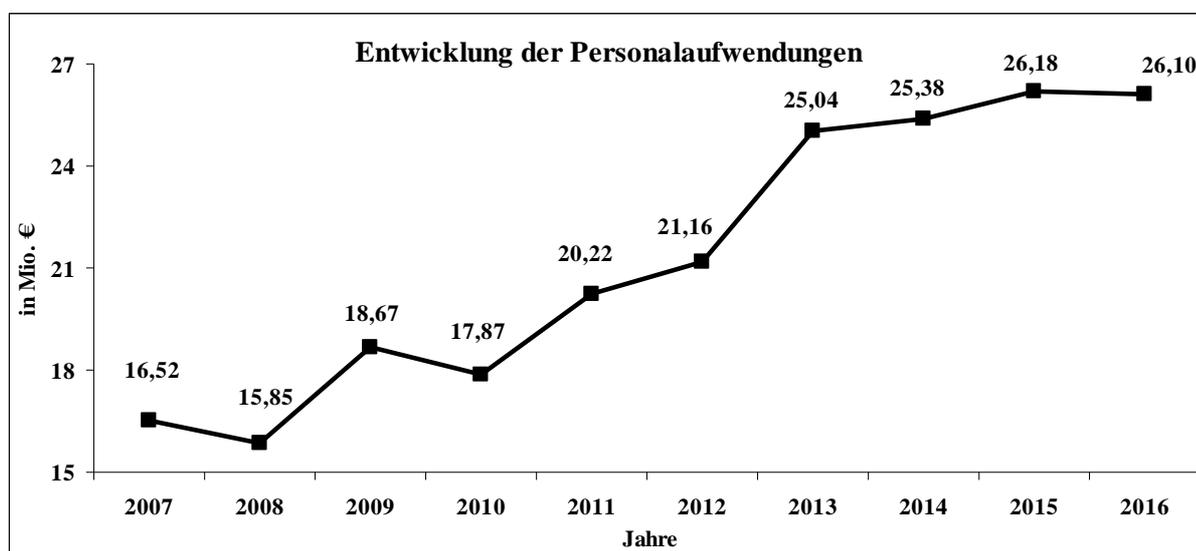
Der Ertrag aus der Rückdeckungsversicherung für Beamtenpensionen ist positiv zu beurteilen.

Man erkennt auf dieser Grafik ganz deutlich, dass zwischen den Beitragsaufwendungen und den Erträgen ein positiver Deckungsbeitrag für die Finanzierung liegt.

Und auf der Aktivseite der Bilanz steigen die Werte der Finanzanlagen bis 2013 entsprechend auf 11,8 Mio. €, bis 2016 gar auf 22,30 Mio. €.

Alle übrigen Erträge aus Zuweisungen, Beiträgen, Gebühren, sonstigen Entgelten usw. bewegen sich in Summe im Rahmen der Planung. Näheres dazu werden Sie im Vorbericht finden.

Bei einigen Aufwandspositionen allerdings ergeben sich größere Änderungen, die ich kurz anreißen möchte.



Die Personalaufwendungen haben sich stark erhöht.

Sie steigen gegenüber der Planvorgabe aus 2012 um 3,62 Mio. € auf rd. 25 Mio. €.

Die Aufnahme der städt. Betriebe in den Haushalt und politische Beschlüsse sind die Hauptursache der Steigerung.

Ausführlich wurde die Personalkostenentwicklung im Vorbericht beschrieben. Die Bereiche werden auf ihre jeweiligen Erhöhungen gleich noch eingehen. Als Stichpunkte führe ich nur auf:

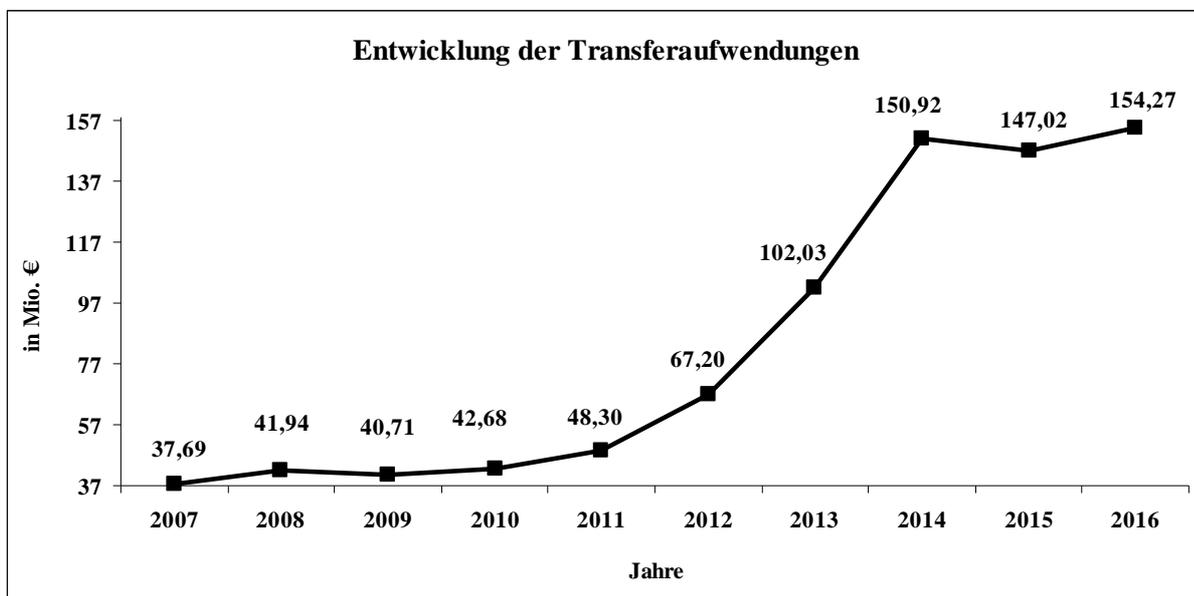
Betriebshof 2,4 Mio. € Tariferhöhung u. Besoldungsanpassung 0,58 Mio. €

Feuerwehr 0,3 Mio. € Stellenmehrungen (z:B.Bereiche 51, 60 u. 61) 0,5 Mio. €.

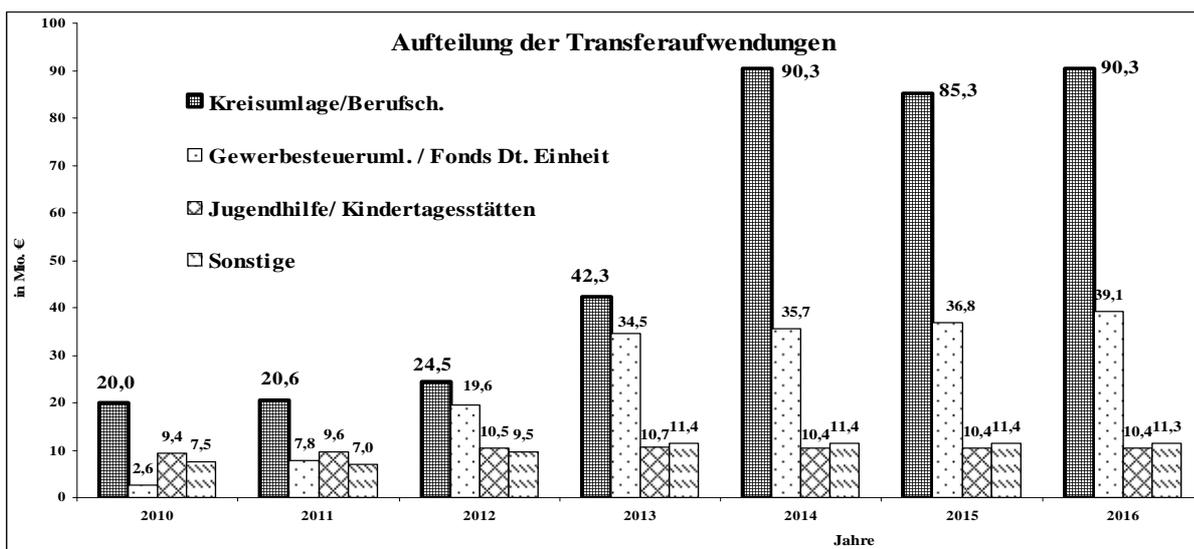
Müssen Sie sich deswegen sorgen?

Nein! Aber wir müssen vorsorgen.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** und die **Bilanziellen Abschreibungen** bleiben ziemlich konstant. .



Ein besonders spannendes, aber auch recht kompliziertes Thema ist die Entwicklung der **Transferaufwendungen**, die auf lange Sicht den allergrößten Block im Haushalt darstellen. Sie steigen in 2013 um 34,83 Mio. €, in 2014 um weitere 49 Mio. € auf tatsächlich 151 Mio. €.



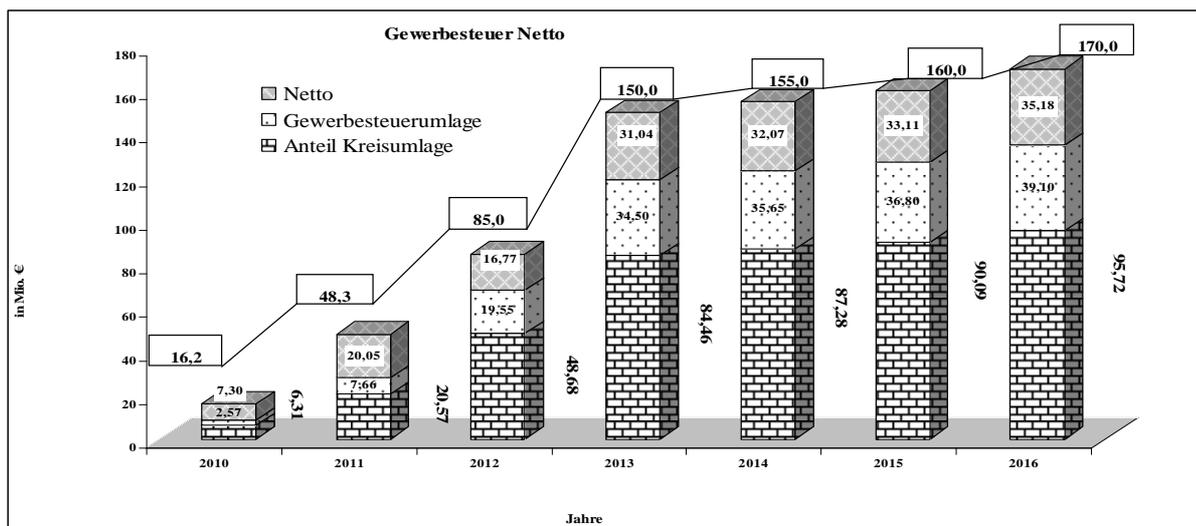
Beim Blick auf die großen Einzelposten der Transferaufwendungen erkennen Sie, wo hier die Musik spielt, nämlich bei Kreisumlage und der Gewerbesteuerumlage einschließlich Fonds Deutsche Einheit.

Die Kreisumlage

steigt von 25,5 Mio. € in 2012 über 42,3 in 2013 auf letztlich ca. **90 Mio. €** in 2014 bei einem Hebesatz des Kreises von 41 %-Punkten.

Müssen Sie sich deswegen sorgen?

Nein! Aber wir müssen vorsorgen.



Ein kurzer Blick auf das Nettoergebnis der Gewerbesteuer führt neben der Kreisumlage auch noch zu der noch zusätzlich abzuführende Gewerbesteuerumlage. Die etwa 23 % ausmacht.

Tatsächlich verbleiben nur ca. 21 % der Gewerbesteuer netto bei der Stadt!

Die Gesamtumlagen für die Erträge 2013 betragen also 119 Mio. €, der Nettoertrag macht 31 Mio. € aus!

Hauptstellschraube zu unserem Wohle oder Nachteil ist der Hebesatz der Kreisumlage.

Die wegen der starken zusätzlichen Steuerkraft der Stadt Monheim erhöhten Umlagegrundlagen führen innerhalb der Kreisgemeinschaft im Jahre 2014 zu einer Entlastung von ca. 20% der von den anderen kreisangehörigen Städten sonst zu zahlenden Kreisumlage.

Die hier aufgezeigte Beispielsrechnung beruht auf den aktuell bekannten Umlagegrundlagen für das HHJahr 2013 und unterstellt den landesdurchschnittlichen Hebesatz von 411 %-Punkten bei einem Hebesatz des Kreises von immer noch 41 %-Punkten. Um in Summe die ersparten Zahlungen für die Kreisumlage von 51,40 Mio. € über eigene Gewerbesteuererträge Netto zu „verdienen“, müssten von den anderen 9 Städten zusätzliche **107 Mio. €** Gewerbesteuer vereinnahmt werden.



	Einsp.Kreisumlage In Mio. €	entspr. Gewerbest-Ertrag. In Mio. €
Erkrath	4,72	9,84
Haan	3,76	7,84
Heiligenhaus	2,56	5,32
Hilden	7,44	15,50
Langenfeld	7,38	15,38
Mettmann	3,33	6,94
Ratingen	11,51	23,98
Velbert	8,63	17,98
Wülfrath	2,06	4,30
Summe	51,40	107,08

Korrekt wäre es aber, dass der Kreis seinen **Hebesatz auf etwa 33.5 %-Punkte senkt**. Der Kreis erhielte dann seine rund 300 Mio. €. Monheim müsste 18 Mio. € Umlage weniger zahlen, die anderen Städte würden immer noch 35 Mio. € einsparen.

Ich bin davon überzeugt, dass die Verantwortlichen im Kreis dementsprechend handeln werden.

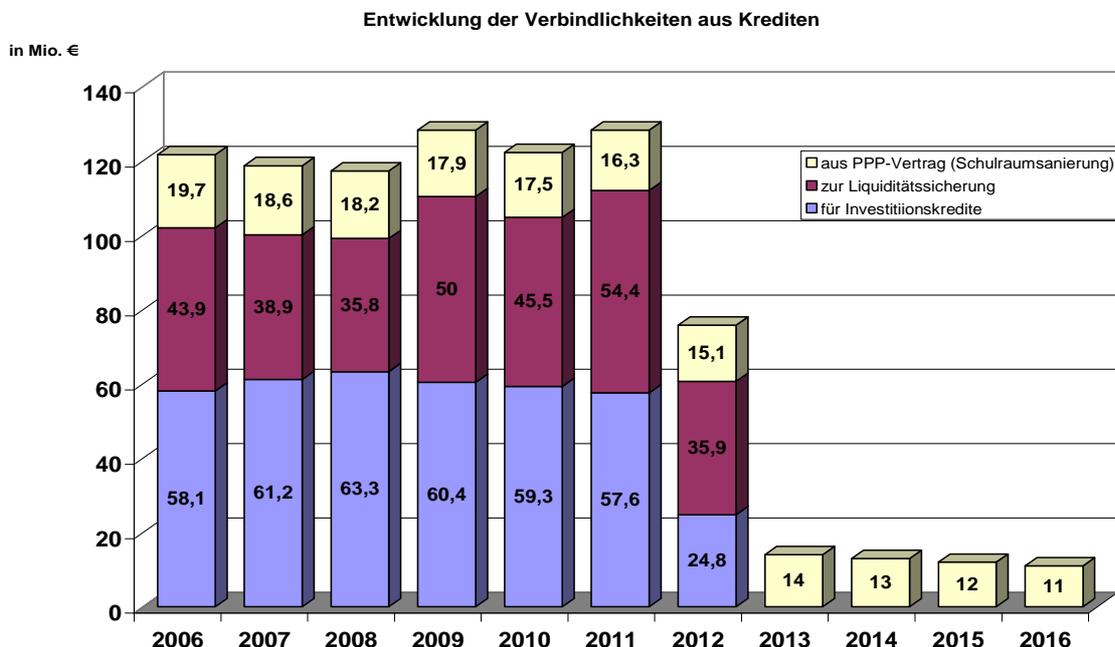
Zur Abrundung der Haushaltsstruktur gehört natürlich auch noch ein Blick auf das **Finanzergebnis** und die **Entwicklung der Verbindlichkeiten**.

Sie sehen, das für 2013 trotz Rückführung von Krediten in 2012 ein negatives Ergebnis von **rd. 6,4 Mio. €** eingeplant ist.

Ergebnisplanung: Ermittlung des Finanzergebnisses

	Ansatz 2012	HH 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
	in €	in €	in €	in €	in €
Finanzerträge	510.300	592.800	492.800	410.300	510.300
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	4.303.000	6.957.000	607.000	607.000	607.000
Finanzergebnis = Erträge zu Aufwen- dungen	-3.792.700	-6.364.200	-114.200	-196.700	-96.700

Es ist vorgesehen, alle Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten und Liquiditätskrediten bis zum Jahresende 2013 zu tilgen. **Das Ziel lautet: Schuldenfreiheit!**

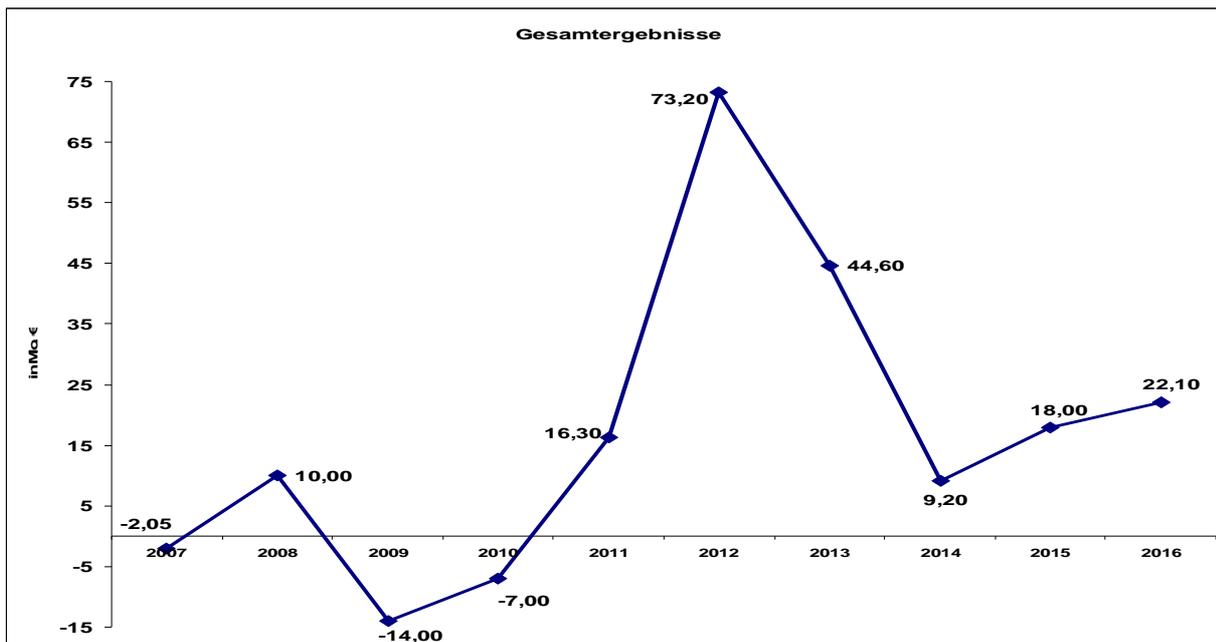


Im städtischen Portfolio sind allerdings auch Verbindlichkeiten, die eine längere Laufzeit haben. In der Regel ist die Auflösung dieser Festschreibungen nur durch Zahlung von Vorfälligkeitsentschädigungen möglich. Da kann es durchaus profitabler sein, die liquiden Mittel zu guten Konditionen gegenläufig anzulegen. Dies wird im Einzelfall entschieden.

Die hohen Finanzaufwendungen in 2013 enthalten mögliche Vorfälligkeitsentschädigungen.

Der Verlauf der Verbindlichkeiten könnte so aussehen, dass noch in diesem Jahr insgesamt 52,5 Mio € gältigt werden und im Verlaufe des Jahres 2013 tilgen wir 62 Mio. €.

Übrig bleiben dann noch die Verbindlichkeiten aus dem PPP-Vertrag für Schulen und Sporthallen die noch eine Restlaufzeit von mehr als 16 Jahren haben.



Zum Thema Jahresergebnisse und Eigenkapital ist zu sagen, dass die guten Abschlüsse seit 2011 und die vorerst guten Prognosen für die Folgejahre uns bei der Bildung von höherem Eigenkapital unterstützen

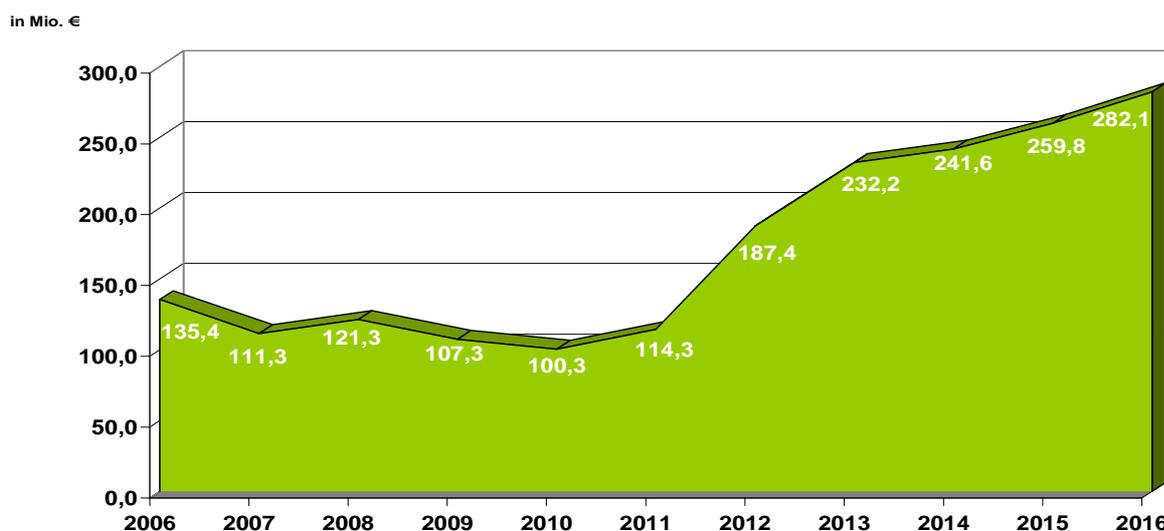
Sie sehen die geplanten Ergebnisse für die Jahre

2010 mit 9,20 Mio. €

2015 mit 16,00 Mio. €

2016 mit 22,10 Mio. €

Entwicklung des Eigenkapitals jeweils zum 31.12.



Die Grafik zum Eigenkapital zeigt es: Begonnen im Jahre 2011 wird es einen kontinuierlichen Aufbau des Eigenkapitals geben. Dies könnte von den 100 Mio. € in 2012 auf gut 280 Mio. € in 2016 steigen.



Dieses Eigenkapital bildet keine Liquidität ab. Es bedeutet erst einmal nur, dass ab 2014 endlich alle Steine, alle Stühle, alle Straßen uns gehören.

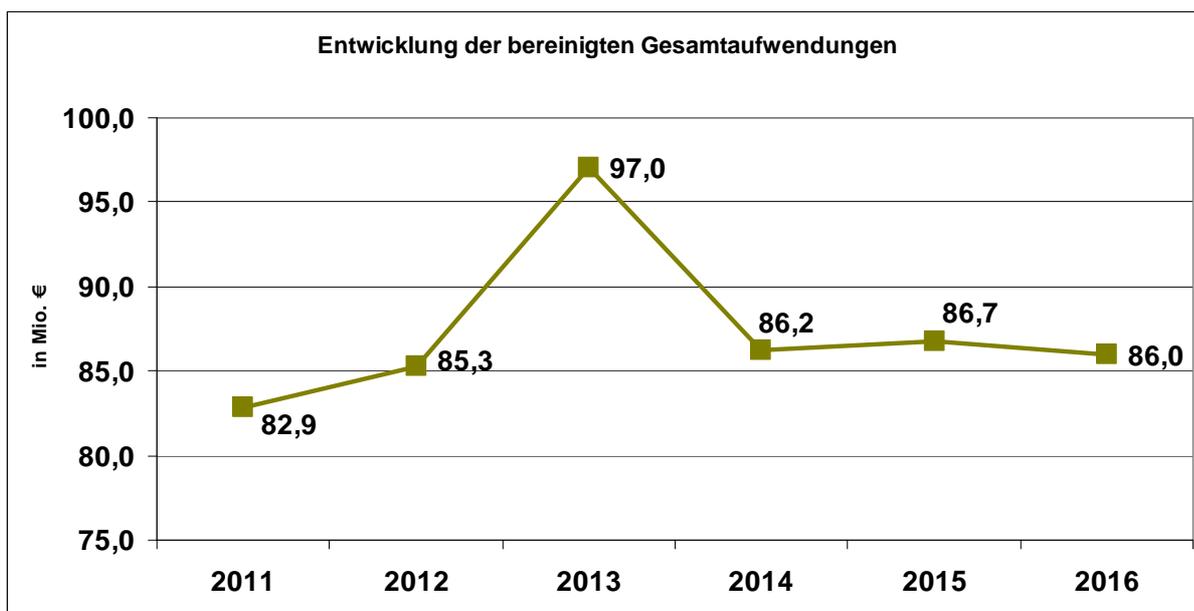
Müssen Sie sich deswegen sorgen?

Nein! Aber wir müssen vorsorgen.

Meine Damen und Herren,

ich erwarte sehr, dass Sie sich tatsächlich vornehmen, die eben prognostizierten Abschlussergebnisse zu erzielen. Damit Sie dabei keine Angst vor der Zukunft, vor den Unbillen von Einnahmeverlusten, vor Fortzügen von Unternehmen, vor schlechten Planungen haben, müssen Sie zu Steuerungszwecken eines immer im Blick haben und immer im Blick halten:

Die bereinigten Gesamtaufwendungen.



Schauen Sie sich diese Entwicklung an. Es gibt **einen Ausreißer** in 2013 auf 97 Mio. €, den ich gleich erkläre. In den Folgejahren bleiben sie nach bisheriger Sachlage und der soliden Planung der Verwaltung **konstant bei ca. 86 Mio. €.**

Da könnten Sie sich ja gemütlich zurücklegen. Wenn da nicht ein Haken wäre.

Wie werden die bereinigten Gesamtaufwendungen ermittelt?



	Plan 2013	Plan 2014
Man addiert	in Mio. €	
Ordentliche Aufwendungen	166,6	211,3
Zinsen	7,0	0,6
Und zieht ab		
Gewerbesteuerumlage	17,5	18,1
Fonds Deutsche Einheit	17,0	17,6
Kreisumlage	42,0	90,0
Bereinigte Gesamtaufwendungen	97,0	86,2
Differenz zum Vorjahr (gerundet)	11,7	-10,7
Analyse	in Mio. €	
Personalaufwand	1,6	0,3
Gebäudebewirtschaftung	1,3	-1,5
Sozial- /Jugendhilfe	0,8	0,0
Zinsen	2,7	-6,4
Versicherung Beamtenpensionen	0,4	-0,5
Gutachten	0,2	-0,3
Festwert Grünflächen für Rheinbogen	1,5	-1,4
Kitas und Tagespflege	0,6	-0,3
OGATA	0,3	
Unterhaltung Infrastruktur	0,6	-0,3
Geschäftsaufwendungen	0,3	-0,2
Betraung AWB	1,0	0,0
Differenz	11,3	-10,6
Bereinigte Gesamtaufwendungen	97,0	86,2
Differenz	11,3	-10,6

Es ist klar erkennbar, die Ausreißer in 2013 sind identifiziert, und im Jahre 2014 fallen die ins Minus gesetzten Beträge nicht mehr an. Immerhin sind das **10,6Mio. €**.

Und deswegen geht es in den Jahren 2014 ff auch konstant weiter.

Aber in den bereinigten Gesamtaufwendungen sind doch zusätzliche Daueraufwendungen enthalten:

Die Personalaufwendungen mit 1,9 Mio. €, Jugendhilfe/KiTa/OgaTa mit 1,4 Mio. €, die Ausgleichszahlung an die AWB von 1,0 Mio. €.

In Summe macht das 4,3 Mio. € Daueraufwand.

Haben Sie den Haken erkannt, der uns konstante bereinigte Aufwendungen vorgaukelt?



Es sind die Zinsaufwendungen!

Diese fallen in 2013 noch einmal in Höhe von 6.350.000 € an, danach wegen der Tilgung nicht mehr.

Ich halte also fest:

Die ersparten Zinsen, die vielleicht für freiwillige Wohltaten als Begründung herhalten sollen, sind schon verbraucht, und zwar überwiegend durch gute zukunftsorientierte Beschlüsse, die die Grundlagen und Perspektiven in der Stadt oder in der Konzernstruktur verbessern.

Müssen Sie sich deswegen sorgen?

Nein! Aber wir müssen vorsorgen.

Wieso rede ich bei dieser Finanzsituation eigentlich immer von Vorsorge?

Meine Damen und Herren,

es ist nicht selbstverständlich, dass die jetzt in Monheim ansässigen Unternehmen permanent hohe Steuerzahlungen erwirtschaften.

Es ist nicht selbstverständlich, dass diese Unternehmen immer ihren Standort in Monheim halten werden.

Es ist nicht selbstverständlich, dass es uns gelingt, nur extrem gute Steuerzahler zusätzlich anzusiedeln.

Es ist nicht selbstverständlich, dass die Wirtschaft nur prosperiert. Es werden auch Flauten kommen.

Aber es muss selbstverständlich sein, im Rahmen der Risikoanalyse Vorsorge zu treffen. Bedenken Sie, dass bei Wegfall eines Volumens von vielleicht 100 Mio. €, angekündigt im Herbst eines Jahres für den darauf folgenden Januar ab sofort die Erträge fehlen, trotzdem aber die volle Kreisumlage des Vorjahresniveaus zu zahlen ist.. Und im übernächsten Jahr muss wegen des maßgeblichen Referenzzeitraumes noch einmal die Hälfte dieses Wertes an den Kreis gezahlt werden obwohl in den beiden Jahren keine entsprechenden Erträge zur Verfügung stehen.

Für diese denkbare Krise müssen wir gewappnet sein!!!

Ich schlage deshalb vor, wir schließen eine Zielvereinbarung, die man wie folgt definieren könnte:

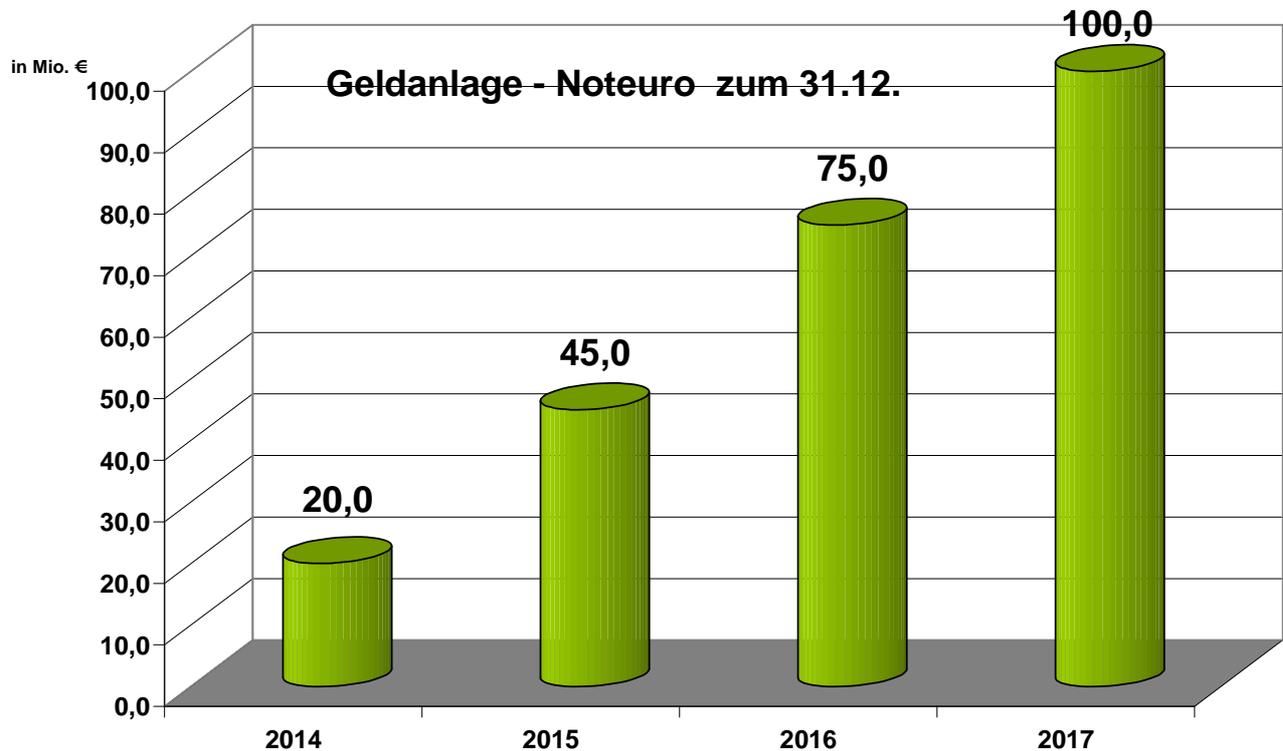
Es wird Vorsorge für oben geschildertes Risiko in der Weise getroffen, dass aus den Jahresergebnissen ab dem Jahre 2014 sukzessive Liquidität thesauriert wird, die in etwa dem grafischen Schema entspricht.

Über die Verwendung darüber hinaus erzielter Ergebnisüberschüsse wird immer erst im Folgehaushaltsplan, also wenn die Größenordnung genau bekannt ist, entschieden.

Wundern Sie sich nicht über die Höhe der Vorgabe. Sie ist realistisch, denn in unsere Ergebnisprognosen haben wir die Senkung der Kreisumlage nicht eingepreist. Der Effekt liegt aber sicher zwischen 15 und 20 Mio.jährlich.

Das Beste an dieser Variante ist, dass Sie diesen Noteuro gewissermaßen **als Bürgerschaftsanlage** betrachten können. Sie könnten jedes Jahr die Finanzerträge dieses Vermögens für sinnvolle Zwecke verwenden oder gar teilweise an Einrichtungen vergeben.

Wenn das keine guten Aussichten sind!



Ich glaube sehr daran, dass dieses Ziel erreichbar ist. Wir sind zwar gewissermaßen neureich, aber wir haben gute Beschlüsse in diesem Jahr gefasst und auch mit erheblicher Kraftanstrengung in Zeiten des Nothaushaltes oder der Haushaltssicherung schon Dinge auf den Weg gebracht, die uns jetzt helfen, gelassen zu sein.

Es gibt keinen Rückstau, keinen unkontrollierbaren Druck, weil wir beispielsweise geschafft haben:

- Abschluss eines PPP-Vertrages Schulen mit Neuinvestitionen von 20 Mio. € und Erreichen eines zufrieden stellenden Unterhaltungszustandes
- Beschleunigung der Schulunterhaltung durch Zusatzzahlungen in Millionenhöhe
- Sicherung der Pensionsverpflichtungen für Beamte durch Rückdeckungsversicherung mit Aufbau eines Finanzanlagewertes von jetzt schon 11,8 Mio. €
- Ausbau der Kindertagesstätten mit hervorragender Bausubstanz und in Erfüllung der Rechtsansprüche
- Entwicklung und Realisierung eines Sportstättenkonzeptes mit ausreichender Bedarfsdeckung und hervorragender Substanz
- Gute Straßenunterhaltung unter Fortführung des Schwarzdeckensanierungsprogramms
- Abarbeitung der Kanalsanierungen in den Prioritätenstufen 1 und 2
- Allgemeine Bauunterhaltung über KGSt-Niveau
- Errichtung des Haus der Chancen, zusätzlich mit Verbesserung der Kostenstruktur
- Strukturverbesserung der MVV durch Betrauungsakt AWB
- Planung und anstehende Realisierung einer Musikschule



Diese Maßnahmen haben unsere Struktur dauerhaft erheblich verbessern bzw. werden zu dieser Verbesserung beitragen.

Meine Botschaft folgt zwangsläufig:

1. Immer noch sind ausgewählte Investitionen zur Strukturverbesserung möglich. Dabei sollten aber die Spielregeln der Vernunft und der GemHVO gelten.

Also zuerst einmal Planungsmittel bereit stellen, in Ruhe mit allen Nutzern und den Experten den genauen Bedarf ermitteln, dann eine Planung erstellen lassen (auch im Wettbewerb) um anschließend eine zuverlässige Kostenermittlung unter Beachtung der Objekt- und Bodenbeschaffenheit und unter Berücksichtigung aller Risiken aufzustellen.

Erst danach ergeht auf dieser Basis die Festlegung der Standards für die Budgetvorgabe mit gleichzeitigem Baubeschluss. Es erfolgt dann die Ausschreibung der Maßnahme, ohne dass man teure Nachträge oder gar zu spät eingebrachte Nutzervorgaben befürchten muss.

2. Immer noch dürfen dauerhafte Ausgabensteigerungen auf keinen Fall die Regel sein.
3. Immer noch dürfen keine dauerhaften Ertragsminderungen für echte städtische Leistungen die Regel sein.
4. **Endlich wird aus dem Noteuro eine neue Bürgerschaftsrendite erwachsen.**

Es gelten die Maxime der Vorsorge und Planungssicherheit, mithin die erforderlichen drei Maßnahmen:

Liquiditätsreserve-Vorsorge- Liquiditätsreserve !

Dann machen wir uns keine Sorgen!

Wie können wir das schaffen?

Im vorigen Jahr habe ich das, wie ich meine, freundlich, ausführlich und klar formuliert. In diesem Jahr muss es schon allein wegen der Kraft, die aus diesem Ziel erwächst, kurz und knapp gehen.

Gegen Kurzsichtigkeit fliegen Sie nicht zu hoch, denken nicht an Presse, Rundfunk, Fernsehen, fragen Sie nicht Ihren Bauch oder gar Ihr Herz.

Geben Sie nur Ihrem Verstand nach

und ansonsten immer öfter Nein Sagen.

Ich bedanke mich sehr für Ihr Zuhören.